



Sklaverei bis 2030 beenden IJM fordert 25 Millionen US-Dollar von Deutschland für Anti-Sklaverei-Fond

Berlin, 20.09.2017 – 40,3 Millionen Menschen leben heutzutage in Sklaverei. Diese Zahl hat die International Labour Organisation (ILO) gemeinsam mit der Walk Free Foundation (WFF) kurz vor der UN-Vollversammlung in New York veröffentlicht. Um Sklaverei bis 2030 im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN beenden zu können, ist ein deutlich höheres Engagement der Mitgliedsstaaten erforderlich. Ein globaler Fond soll jetzt dazu beitragen. Die USA und Großbritannien haben aktuell jeweils 25 Millionen US-Dollar zugesagt. Die Anti-Sklaverei-Organisation International Justice Mission (IJM) fordert die nächste Bundesregierung eindringlich dazu auf, Sklaverei zur Priorität zu machen und Finanzen bereitzustellen.

Der vorgestellte Bericht der ILO und WFF gibt die bisher zuverlässigsten Daten über das Ausmaß von Sklaverei. Unter Sklaverei wird eine Situation verstanden, in der eine Person gegen ihren Willen ausgebeutet oder zu einer Ehe gezwungen wird. Drohungen, Gewalt, Zwang oder Täuschung hindern Opfer daran zu fliehen. 10 Millionen von ihnen sind Kinder. 71 Prozent der Betroffenen sind laut des Berichts weiblich. 16 Millionen Menschen werden in Arbeitsklaverei ausgebeutet. Nahezu alle Wirtschaftsbranchen sind betroffen. Weitere 4,8 Millionen Menschen werden sexuell ausgebeutet.

Ein schnelles und stärkeres Engagement der Weltgemeinschaft ist angesichts der Zahlen dringend nötig: Um das Ziel 8.7 der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der UN zu verwirklichen, müssten Bemühungen drastisch erweitert werden, so ILO-Generaldirektor Guy Ryder.

Ein erster wichtiger Schritt dafür ist die Einrichtung eines globalen Fonds zur Beendigung von Sklaverei. Die USA und Großbritannien haben bereits jeweils 25 Millionen US-Dollar zugesagt. Ebenfalls haben einige Länder wie Großbritannien und Frankreich starke Gesetzgebungen verabschiedet, die Sklaverei in Lieferketten angeht.

„Wir sind dankbar für die Vorreiterrolle, die Großbritannien und die USA einnehmen, um Sklaverei bis 2030 zu beenden“, sagt Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender von IJM Deutschland. „Das Ausmaß und die Schrecken von Sklaverei sind skandalös. Sklaverei gibt es auch in Deutschland und ist in vielen unserer Lieferketten zu finden. Trotzdem hat das Thema in der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kaum Aufmerksamkeit. Wir rufen die nächste Bundesregierung dazu auf, die Beendigung der Sklaverei endlich zur Priorität zu machen und ebenfalls 25 Millionen US-Dollar bereitzustellen.“

IJM Deutschland ist der deutsche Zweig der Anti-Sklaverei-Organisation International Justice Mission (IJM). In Deutschland führt IJM Aufklärungskampagnen zum Thema Sklaverei durch und sucht das Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern. IJM Projekte in Asien, Afrika und Lateinamerika decken Fälle von Sklaverei auf, befreien Betroffene und setzen sich mit den lokalen Behörden für die strafrechtliche Verfolgung der Täter ein. Weltweit konnten bereits 40.000 Menschen aus Unterdrückung befreit werden.

Für ein [Interview](#) steht Ihnen Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender von IJM Deutschland e. V., zur Verfügung. Als Experte für die Themen Sklaverei und Menschenrechte verfügt er über 30 Jahre internationale Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zur vollständigen Studie: www.alliance87.org

Kontakt zur Pressestelle

IJM Deutschland e. V., Judith Kühl, Tel: 030 246369013, Email: jkuehl@ijm-deutschland.de
www.ijm-deutschland.de